

## Kolumne aus Bern (März 2013)

### **Von der Lebensmittelproduktion bis zum Konsum – die Frühlingsession der eidgenössischen Räte bietet dazu verschiedene Menus an.**

In der ersten Sessionswoche hat sich der Nationalrat zum zweiten Mal mit der Agrarpolitik AP 14 – 17 befasst, nachdem der Ständerat das Geschäft mit einigen Differenzen zum Nationalrat verabschiedet hatte. Debattiert wurde über die Direktzahlungsgrenzen für hohe Einkommen und Vermögen, die der Ständerat beibehalten und der Nationalrat abschaffen will. Zu Diskussionen Anlass gab auch das System der Zuteilung von Importfleisch und der Import von Zuchtpferden. Was zu Voten mit anschaulichen Schilderungen von der Aufzucht über den Schlachthof bis zu Fertigprodukten führte! Eine weitere Debatte fand zu den Übergangsbeiträgen statt. Hier folgte der Nationalrat dem bundesrätlichen Vorschlag, der den Übergang für die Bauernbetriebe gut abfedert und den Zielsetzungen der AP 14 – 17 entspricht. Als Mitglied der WAK habe ich mich eingehend mit dem Agrardossier befasst und unterstütze die Ausrichtung der AP 14 – 17. Damit werden die Weichen für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige Landwirtschaft gestellt.

Bereits in der ersten Sessionswoche ist auch schon eifrig für später traktandierete Geschäfte lobbyiert worden, so für die Swissness-Vorlage. Es wird ein hartes Ringen geben: Wo Schweiz drauf steht, muss auch Schweiz drin sein – doch wieviel? Zum Lebensmittelgesetz, das in der dritten Woche beraten wird, konnte ich erste bilaterale Gespräche führen. Nach dem Pferde-Fleischskandal sind einige Schwachstellen des revidierten Gesetzes ins Bewusstsein der Parlamentarier gerückt, und ich bin guten Mutes, dass die nötigen Korrekturen für eine griffige Vorlage gemacht werden.

### **Besuche im Bundeshaus**

Während der Session besuchen verschiedenste Gruppen das Bundeshaus. Nebst Organisationen und Privatpersonen nutzen auch Schulklassen die Gelegenheit für anschaulichen staatspolitischen Unterricht. Nach einem Tribünenbesuch finden jeweils Fragestunden mit Parlamentsmitgliedern statt. Wenn es die Geschäftsberatungen ermöglichen, so stehen für Fragen und Diskussion zur Verfügung – denn der Austausch mit verschiedenen Bevölkerungskreisen, die Information über unsere Arbeit und das politische System gehört auch zur Aufgabe von Parlamentsmitgliedern. Diese Woche konnte ich Floristinnen der Berufsschule Sursee, einer Maturaklasse der Kantonsschule Beromünster, einer Gruppe der Volksschulen der Stadt Luzern und der Stiftung für Konsumentenschutz Red und Antwort stehen. Ich schätze diese Begegnungen und Gespräche mit Besucherinnen und Besuchern. So werde ich auf Fragen aufmerksam, die sie beschäftigen, bekomme Rückmeldungen zu ihren Eindrücken vom Parlamentsbetrieb und kann einiges dazu erläutern. Zum Beispiel, warum Parlamentsmitglieder nicht die ganze Zeit im Ratssaal sind – unter anderem weil sie bei einer Besuchergruppe sind, den Medien eine Stellungnahme zum aktuellen Geschäft abgeben oder sich mit Ratskollegen über ein kommendes Geschäft absprechen. Auch das gehört zum Bundeshausbetrieb.

*Prisca Birrer-Heimo*